



Presseschau vom 27.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Arthur Buchholz: Sommerinterview mit Baerbock sexistisch? Die Revolution frisst ihre Omas

Tina Hassel, einst in der Habeck-Fangemeinde angesiedelt, wird jetzt von der links-grünen Twitter-Fraktion zusammengefaltet, weil sie ausnahmsweise ihren Beruf ernst genommen hat. Das lässt nur düstere Prognosen für Baerbock in Regierungsverantwortung zu. ...

<https://kurz.rt.com/2n0i>

de.rt.com: Terrororganisation oder Regierung Afghanistans? Twitter und Facebook hadern mit Taliban-Konten

Darf man mit den Taliban sprechen, lautet die Frage, die verschiedenen Regierungen in den vergangenen Tagen gestellt wurde. Darf man die Taliban als Regierung in den sozialen Medien sprechen lassen, lautet die Frage für IT-Konzerne wie Twitter und Facebook. ...

<https://kurz.rt.com/2n1a>

de.rt.com: Stellenanzeige in Berlin: "Wir bitten weiße Menschen, von einer Bewerbung abzusehen"

Eine Ausschreibung für eine Position des Referenten-Rats der Berliner Humboldt-Universität, bei der zu Rassismus beraten werden soll, wurde am Donnerstag selbst als diskriminierend eingestuft und daher noch einmal überarbeitet. ...

<https://kurz.rt.com/2n1i>

de.rt.com: Neue Geldquelle: Blackwater-Gründer Prince verdient fürstlich an Evakuierung aus Afghanistan

Blackwater-Gründer Erik Prince füllt sich am Ende der US-Mission in Afghanistan noch einmal die Taschen. Der Söldner verlangt Medien zufolge für Evakuationsflüge aus dem von den Taliban kontrollierten Land 6.500 US-Dollar pro Fluggast. ...

<https://kurz.rt.com/2n00>

abends/nachts:

de.rt.com: "Absolut niederträchtig": Über 60 Tote bei Terroranschlag am Kabuler Flughafen – 12 tote US-Soldaten

Bei zwei Explosionen am Flughafen in Kabul wurden Dutzende Menschen getötet und verletzt. Laut Pentagon wurden dabei auch 12 US-Soldaten getötet. Zudem gibt es Berichte über eine dritte Explosion.

Bei zwei Sprengstoffanschlägen am Flughafen in der afghanischen Hauptstadt Kabul sind nach bisherigen Angaben mindestens 60 Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt worden.

Wie das Pentagon am Donnerstagabend mitteilte, wurden bei dem Anschlag 12 US-Militärangehörige getötet und 15 weitere verletzt. Es handelt sich um den größten Verlust von US-Soldaten durch eine einzelne Aktion seit Jahren. Das letzte Mal, dass das Pentagon eine zweistellige Todeszahl in einem Monat zu beklagen hatte, war im Juni 2014.

Kanzlerin Angela Merkel sprach von einem oder mehreren Selbstmordattentätern und verurteilte die Bluttat als "absolut niederträchtig". Die deutsche Luftwaffe flog unterdessen alle Bundeswehrsoldaten, Diplomaten und verbliebenen Polizisten aus dem Krisenstaat aus, wie Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer nach dem Start der letzten Maschine sagte.

Pentagon-Sprecher John Kirby sprach auf Twitter von einer "komplexen Attacke". Merkel sagte, Terroristen hätten es auf Menschen abgesehen, die vor den Flughafentoren gewartet haben. Laut Außenminister Heiko Maas gibt es derzeit "keine Informationen über deutsche Opfer".

Der Sprecher des politischen Büros der Taliban in Doha, Suhail Schahin, erklärte, man verurteile den grausamen Vorfall aufs Schärfste und werde alles unternehmen, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Er bestätigte, dass sich zwei Explosionen ereigneten. Eine fand ersten Informationen zufolge an einem der Flughafentore statt, eine weitere bei einem nahegelegenen Hotel.

Der lokale Fernsehsender Tolo-News veröffentlichte auf Twitter Bilder, auf denen zu sehen ist, wie Verletzte in Schubkarren transportiert werden. Ein Augenzeuge erzählte dem TV-Sender, die Explosion sei sehr stark gewesen. Manche Menschen seien ins Wasser gefallen – an einem Gate ist ein langer Wassergraben – und mehrere ausländische Soldaten seien zu Boden gefallen.

Der gut vernetzte afghanische Journalist Bilal Sarwari schrieb auf Twitter, ein Selbstmordattentäter habe sich in einer großen Menschenmenge in die Luft gesprengt. Mindestens ein weiterer Angreifer habe danach das Feuer eröffnet. Sarwari berief sich auf mehrere Augenzeugen in dem Gebiet.

Unterdessen gibt es Berichte über eine dritte Explosion. Laut RT-Reporter Murad Gazdiev sei eine weitere Explosion aus Richtung des Flughafens zu hören gewesen. "Der Flughafen ist sieben Kilometer entfernt. Es war auf jeden Fall eine Explosion, wenn auch nicht unbedingt am Flughafen", so der Reporter.

Die Berichte über eine dritte Explosion sind noch nicht bestätigt.

Gazdiev wies darauf hin, dass viele Todesopfer nicht auf die Explosionen direkt zurückgingen, sondern Folge der Menschenmassen seien, die sich dicht gedrängt am Flughafen befinden: "Viele der Menschen, die heute starben, starben nicht an Splitterwunden oder direkten Schäden durch die Bombenexplosion, sondern durch den Massenandrang."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6127e101b480cc0d2633c9b6.jpeg>

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Nach Ende der Sitzung der Kontaktgruppe zur Regelung des Konflikts im Donbass haben die ukrainischen Besatzer unter Nutzung des Vorbilds der terroristischen Organisation „IS“ den Beschuss von Ortschaften unserer Republik fortgesetzt, was ein weiteres Mal zur Verletzung von Zivilisten und zur Zerstörung von Objekten der zivilen Infrastruktur führte.

So haben Kämpfer des 1. Bataillons der 28. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Martschenko von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus **Staromichajlowka** mit Schützenpanzerwaffen beschossen und 30 Schüsse abgegeben.

Durch eines der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse wurden in dem Wohnhaus in der Kozjubinskij-Straße 42 **zwei Zivilisten, geb. 1964 und 1994, verletzt**. Durch operative Handlungen der Notfalldienste wurde die Verletzungen in medizinische Einrichtungen gebracht, so ihnen die notwendige Hilfe geleistet wird.

Außerdem wurden infolge des Beschusses ein Garage und ein privates Wohnhaus in der Sewernaja-Straße 73 beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte und Zerstörungen ziviler Infrastrukturobjekte werden noch ermittelt.

Im Zusammenhang mit den erfolglosen Versuchen, den Koordinationsmechanismus zu nutzen, damit das Feuer von Seiten der BFU eingestellt wird, waren die Einheiten der Volksmiliz zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik gezwungen, entsprechend der Punkte „e“ und „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung das **Feuer zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners** zu erwidern.

Infolge des Gegenschlags beendete der Feind den Beschuss und erlitt Verluste. Ihre Zahl wird derzeit ermittelt.

Wir erinnern daran, dass Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit keine Verjährungsfrist haben und keine Handlungen der ukrainischen Besatzer unbestraft bleiben werden, für jeden Beschuss des Territoriums unserer Republik wird der Feind die verdiente Strafe erhalten.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, sich in das Geschehen einzumischen und Einfluss auf die BFU auszuüben, um sie zur Einhaltung eines nachhaltigen Regimes der Feuereinstellung und zur Einstellung des Terrors gegen die friedliche Bevölkerung der Republik zu zwingen.

snanews.de: **Bereits 3 Kilometer Zaun an polnisch-weißrussischer Grenze errichtet –**

Minister

Polen hat an seiner Grenze zu Weißrussland mit dem Bau eines Zauns begonnen, der illegale Migranten abhalten soll. Bereits drei Kilometer Zaun sind errichtet worden, erklärte Polens Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak.

Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak hat auf Twitter den Beginn der Bauarbeiten an der Grenze zu Weißrussland angekündigt. Am Donnerstag teilte er mit, die Soldaten hätten bereits drei Kilometer Zaun errichtet. Im Einsatz an der 418 Kilometer langen Grenze seien fast 1800 polnische Soldaten, so Blaszczak.

Der erste Abschnitt der 2,50 Meter hohen Barriere entsteht in der Nähe des Dorfes Zubrzyca Wielka, etwa 60 Kilometer östlich von Bialystok. Vorrangig sollen diejenigen Grenzabschnitte gesichert werden, die über Land verlaufen – insgesamt etwa 190 Kilometer. Dort, wo der Fluss Bug die beiden Länder trennt, will Warschau den Zaun später errichten. Bereits im Juli wurde auf 130 Kilometern ein Stacheldrahtverhau verlegt.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde – als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen. Seitdem verlassen Migranten aus dem Nahen Osten Weißrussland (Belarus) in Richtung Litauen, zuletzt nahm auch der Druck auf Polen zu. Polens Grenzschilder schrieben am Donnerstag von mehr als 3000 Überquerungsversuchen seit Anfang August.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/1a/3376011_0:0:2948:1659_1920x0_80_0_0_db4887dc3504379e2fcae65377a275c7.jpg

de.rt.com: IS bekennt sich zu Anschlag auf Kabuler Flughafen: Was über den afghanischen Ableger bekannt ist

Der "Islamische Staat" (IS, früher ISIS) hat sich zu dem Anschlag auf den internationalen Flughafen in der afghanischen Hauptstadt Kabul bekannt, wie das Propagandamagazin der Terrorgruppe mitteilte.

Rita Katz, Direktorin der sich mit Terrorgruppen beschäftigenden SITE Intelligence Group, schrieb dazu in einem Tweet:

"ISIS hat sich in einem 'Amaq-Bericht (IS-Propagandaorgan, Anm. d. Red.) zu den heutigen Bombenanschlägen am Flughafen von Kabul bekannt und erklärt, dass seine Kämpfer etwa 160 Menschen getötet und verwundet haben. Dem Bericht über den Anschlag ist ein Bild des Selbstmordattentäters beigelegt."

In seiner Erklärung beschuldigt der IS die Taliban, "in Partnerschaft" mit dem US-Militär zusammenzuarbeiten, um "Spione" aus Afghanistan zu schützen und zu evakuieren.

Was ist über den afghanischen IS-Ableger unter dem Akronym ISIS-K bekannt?

Wie der Name vermuten lässt, handelt es sich bei Miliz "Islamischer Staat Khorasan" (im Deutschen: Chorasán) um eine Gruppe, die sich dem Islamischen Staat (IS, früher ISIS)

angeschlossen hatte und hauptsächlich in der östlichen Provinz Chorasán in Afghanistan aktiv ist. Als der IS im Jahr 2015 im Irak und in Syrien rasch an Boden gewann, wurde den Kämpfern von ISIS-K eine zentrale Rolle für die künftigen Eroberungen des Kalifats in Süd- und Zentralasien vorgesehen.

Der erste Emir und Befehlshaber der Gruppe war ein pakistanischer Staatsbürger namens Hafiz Saeed Khan. Das ehemalige Taliban-Mitglied und Guantánamo-Häftling Abdul Rauf Aliza wurde zu Khans Stellvertreter ernannt.

Sowohl Aliza als auch Khan wurden 2015 bzw. 2016 bei US-Luftangriffen in Afghanistan getötet. Der derzeitige Anführer von ISIS-K ist Schahab al-Muhadschir, der Berichten zufolge ein Befehlshaber der mittleren Ebene des Haqqani-Netzwerks, einer mit den Taliban verbündeten afghanischen Rebellengruppe, war.

Nach Angaben des in Washington ansässigen Center for Strategic and International Studies verübte ISIS-K in den Jahren 2017 und 2018 fast 100 Anschläge auf Zivilisten in Afghanistan und Pakistan. Rund 250 Kampfhandlungen mit den US-amerikanischen, afghanischen und pakistanischen Sicherheitskräften wurden gezählt.

UN-Bericht: ISIS-K hat auf den Rückzug der USA in Afghanistan gewartet

2020 bekannte sich ISIS-K zu einem Angriff auf das Gelände der Universität Kabul und feuerte Raketen auf den Präsidentenpalast und den internationalen Flughafen Hamid Karzai in der afghanischen Hauptstadt. Die Miliz wurde auch beschuldigt, eine Entbindungsstation von Ärzten ohne Grenzen in Kabul angegriffen zu haben. Im Januar erklärten afghanische Sicherheitsbeamte, sie hätten mehrere ISIS-K-Mitglieder verhaftet, die ein Attentat auf Ross Wilson, einen hochrangigen US-Diplomaten in Kabul, geplant hätten.

In einem im Juni veröffentlichten Bericht der Vereinten Nationen (UN) heißt es, dass ISIS-K nach einigen territorialen Verlusten in den letzten Jahren über eine Kerngruppe von etwa 1.500 bis 2.200 Kämpfern verfügt, die wiederum in kleinere Zellen aufteilt wurde. Die Gruppe kommuniziert weiterhin mit dem Islamischen Staat und hat "eine aktive Präsenz in den sozialen Medien mit Blick auf die Zeit nach dem Rückzug der Vereinigten Staaten", so die der Bericht der UNO.

Die Taliban, die den größten Teil Afghanistans überrannt und am 15. August Kabul eingenommen haben, waren in der Vergangenheit mit ISIS-K in Konflikt geraten.

Medienberichten zufolge haben die Taliban kurz nach dem Fall der afghanischen Hauptstadt Abu Omar Chorasani, den inhaftierten ehemaligen Chef des Islamischen Staats in Südasien, hingerichtet.

Die westlichen Regierungen fürchten nun das Wiederaufleben von ISIS-K inmitten des Chaos, das durch die Machtübernahme der Taliban entstanden ist, die gleichzeitig mit dem überstürzten Abzug der US-Truppen erfolgte.

US-Präsident Joe Biden warnte am Dienstag, dass die mit dem Islamischen Staat verbündete Gruppe "versucht, den Flughafen anzugreifen und sowohl amerikanische und alliierte Streitkräfte als auch unschuldige Zivilisten anzugreifen". Die gleiche Sorge äußerte der britische Verteidigungsminister James Heappey, der am Donnerstag zu Evakuierenden von Reisen zum Flughafen abriet, da eine "unmittelbare" Bedrohung durch ISIS-K bestehe.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6127e59cb480cc0c3e703f28.jpg>

snews.de: **Corona-Prophylaxe: Neuer Impfstoff in Russland registriert**

Das russische Gesundheitsministerium hat am Donnerstag einen weiteren Impfstoff gegen das Coronavirus, EpiVacCorona-N, registriert. Das geht aus dem staatlichen Arzneimittelregister hervor.

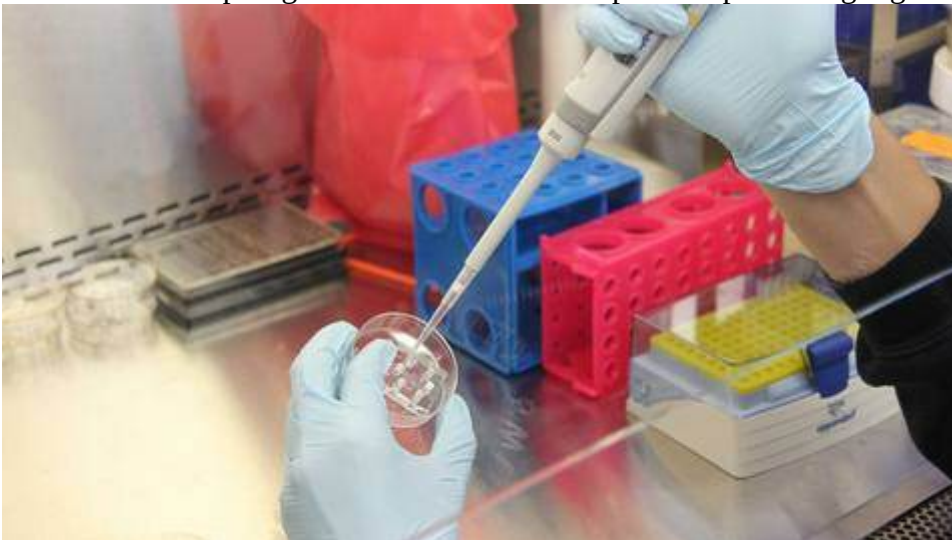
Das Präparat, eine modifizierte Variante von EpiVacCorona, wurde im Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie „Vektor“ im Gebiet Nowosibirsk entwickelt.

Wie zuvor berichtet wurde, unterscheidet sich das Vakzin von seinem Vorgänger durch einige technologische Besonderheiten in der Produktion.

Laut dem Register wurde der Impfstoff zur Prophylaxe von Covid-19 auf der Basis von Peptidantigenen geschaffen. Das Präparat wird in zwei 0,5-ml-Dosen mit einem Zeitabstand von 14 bis 21 Tagen in den Arm injiziert. Falls dies nicht möglich ist, wird das Vakzin in den Oberschenkel gespritzt.

Nach einer Impfung mit EpiVacCorona-N können Nebenwirkungen auftreten, etwa Schmerzen an der Injektionsstelle, kurzzeitiger Temperaturanstieg und nur selten ein Quincke-Ödem.

Heute werden in Russland drei Vakzine eingesetzt: Sputnik V, EpiVacCorona und CoviVac. Eine Auffrischimpfung wird mit dem Einmalimpfstoff Sputnik Light gemacht.



https://cdn.snews.de/img/07e5/07/0e/2827616_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_605bdee4900551f33d4bf4f62ac82f6.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 26. August 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Solotoje-5 wurde mit einem großkalibrigen Maschinengewehr beschossen; dabei wurde die Fensterverglasung der Roman-Salkow-Mittelschule Nr. 4 in der Wojkow-Straße 3 beschädigt.

Donezkij wurde mit Schusswaffen beschossen; dabei wurde die Fensterverglasung des Ambulatoriums in der Schewtschenko-Straße 22 beschädigt.

Solotoje-5 wurde ein weiteres Mal mit einem großkalibrigen Maschinengewehr und Schusswaffen beschossen.

snews.de: **DRK-Suchdienst rechnet mit mehr Anfragen aus Afghanistan**

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan rechnet der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes verstärkt mit Anfragen nach verschollenen Familienmitgliedern aus dieser Region.

Bereits vor der aktuellen Krise seien die meisten Suchanfragen aus Afghanistan gekommen, neben Somalia, Irak und Syrien, sagte DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt am Freitag der Deutschen Presse-Agentur. Beim Suchdienst seien im vergangenen Jahr 1657 internationale Anfragen von Menschen eingegangen, die ihre Angehörigen aufgrund von Flucht, Krieg oder Vertreibung vermissten, ergänzte sie. In rund 30 Prozent aller Fälle habe das DRK weiterhelfen können.

Hasselfeldt will am Freitagvormittag in Berlin eine Bilanz und einen Ausblick des DRK-Suchdienstes zum Internationalen Tag der Vermissten (30. August) vorstellen.

Weltweit werden derzeit mehr als 200 000 Menschen aufgrund von Flucht, Krieg oder Vertreibung vermisst. Der DRK-Suchdienst hilft Menschen, die wegen aktueller bewaffneter Konflikte und Katastrophen weltweit von ihren Angehörigen getrennt worden sind. Er klärt aber weiterhin auch noch Schicksale von Vermissten aus dem Zweiten Weltkrieg.



https://cdn.snews.de/img/07e5/08/10/3245555_0:194:2951:1854_1920x0_80_0_0_7d5afee0a7da63563744dbd60c83cde8.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung für den Zeitraum vom 26. August 3:00 Uhr bis 27. August 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Wassiljewka, Staromichajlowka, Grigorowka, Leninskoje.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden durch Beschuss von Seiten der BFU zwei Zivilisten im Hof ihres Hauses in der Kozjubinskij-Straße 42 verletzt, dort war am 19. August infolge von Beschuss der Zaun des Hauses beschädigt worden.

Außerdem wurden Schäden an einer Garage und den Wänden des Wohnhauses in der Sewernaja-Straße 73 festgestellt.

Die Versuche der DVR, im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Die Zahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 50.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Explosionen in Kabul: Mehr als 100 Todesopfer und über 1300 Verletzte gemeldet**

Bei den Explosionen in der afghanischen Hauptstadt Kabul am Donnerstag sind Medienberichten zufolge über 100 Todesopfer zu beklagen. Nach Angaben einer Quelle im Gesundheitsministerium wurden mehr als 1300 Menschen verletzt.

Eine Quelle im Gesundheitsministerium teilte gegenüber SNA mit, dass nach ihren Erkenntnissen durch die Terroranschläge 60 Menschen getötet und 1338 verletzt worden seien.

Die Zeitung „The Wall Street Journal“ schreibt ihrerseits, dass die Gesamtzahl der Todesopfer der Bombenanschläge im Flughafen von Kabul die Zahl 100 überschritten hätte. Unter den Toten seien mindestens 90 afghanische Zivilisten und 13 US-Soldaten.

„Diejenigen die eingeliefert wurden, konnten nicht sprechen, viele standen unter Schock, ihre Augen, ihr Blick waren völlig leer. Wir haben selten so eine Situation erlebt“, schrieb ein medizinischer Koordinator aus dem Krankenhaus in Kabul auf Twitter.

Mindestens 28 Afghanen, die außerhalb des Flughafens von Kabul getötet wurden, waren Mitglieder der Taliban, erklärte die Nachrichtenagentur Reuters mit Verweis auf einen Taliban-Vertreter.

US-Präsident Joe Biden kritisierte aufs Schärfste die Geschehnisse und sagte, nachdem er über die getöteten Soldaten informiert worden war, „wir werden nicht vergeben, wir werden nicht vergessen, wir werden euch jagen und euch bezahlen lassen.“

In Kabul war es am Donnerstag zu Explosionen gekommen. Vor dem Flughafen gab es ersten Erkenntnissen zufolge zwei Explosionen – eine an einem der Zugänge zum Passagierterminal und eine bei einem nahe gelegenen Hotel. Später kam es noch zu weiteren Explosionen im Stadtgebiet von Kabul. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS; auch Daesh) soll sich zu den Angriffen bekannt haben. Dies meldet DPA unter Berufung auf IS-Khorasan (so nennt sich der IS in Afghanistan und Pakistan - Anm. d. Red.) mit einer über das Internet verbreiteten Nachricht des IS-Sprachrohrs „Amak“. Auch das US-Militär machte den IS für die Anschläge verantwortlich.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/1b/3380083_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_b558fb37ad614b721e3a6b37d8c975ab.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 27. August um 9:00 Uhr 8677 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 6950 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 852 Todesfälle.

de.rt.com: **WikiLeaks: 19 Jahre US-Kriegskampagne in Afghanistan "große Lüge" für Profite der Rüstungsindustrie**

In einem Interview für RT hat WikiLeaks-Chefredakteur Kristinn Hrafnsson Washingtons 19-jährige Kriegskampagne in Afghanistan eine "große Lüge" genannt, von der nur der militärisch-industrielle Komplex und private Auftragnehmer in den USA profitiert hätten. Nach Angaben von WikiLeaks haben die größten Waffenhersteller der USA im Laufe des Afghanistaneinsatzes einen zehnfachen Anstieg ihres Aktienwertes verzeichnet. Der militärisch-industrielle Komplex der USA und private Dienstleister, die angeblich die afghanische Polizei trainiert haben, sollen mit der Kampagne mehr als eine Billion US-Dollar verdient haben. Diesbezüglich sagte Hrafnsson:

"Es war ein massiver Geldfluss, der in die falschen Taschen geraten ist, und man kann dies nur als Korruption im großen Stil bezeichnen."

Hrafnsson wirft westlichen Medien vor, den Grausamkeiten des US- und NATO-Einsatzes in Afghanistan keine Aufmerksamkeit geschenkt zu haben und daran mitschuldig zu sein, die Wahrheit über die Kampagne verborgen zu haben. Dies habe den Einsatz derart in die Länge gezogen.

Die Wahrheit über den Krieg sei trotzdem nun für alle sichtbar, da Washington und seine Verbündeten verzweifelt aus Afghanistan abziehen würden, das innerhalb weniger Wochen in die Hände der Taliban gefallen sei. Hrafnsson bedauerte, dass dies am politischen Kurs der westlichen Eliten jedoch kaum etwas ändern werde, die "lieber die Wahrheitsübermittler bestrafen, als Lehren aus ihren eigenen Fehlern zu ziehen". Der Journalist verwies auf die Verfolgung von WikiLeaks-Gründer Julian Assange und bezeichnete das Gerichtsverfahren gegen ihn als "politisch motiviert":

"Der Krieg, der jetzt herrscht, ist ein Krieg gegen den Journalismus und ein Krieg gegen Julian Assange, der immer noch in London im Gefängnis sein soll."

Im Jahr 2010 hatte WikiLeaks das sogenannte afghanische Kriegstagebuch mit mehr als 76.000 Dokumenten über den US-Einsatz in Afghanistan veröffentlicht. Die Sammlung beinhaltete US-Militärprotokolle, diplomatische Depeschen und CIA-Dokumente über den

Zeitraum zwischen 2004 und 2010. Die Veröffentlichung der Enthüllungsinformationen führte zur Verhaftung der Whistleblowerin Chelsea Manning und Verfolgung von Julian Assange durch US-Behörden.

Während des Truppenabzugs der USA und der NATO aus Afghanistan hatten die Taliban-Milizen eine groß angelegte Offensive im Land gestartet und einen Großteil der Territorien erobert. Am Sonntag marschierten sie in die Hauptstadt Kabul ein und erklärten den 20 Jahre dauernden Kriege für beendet. Der US-Regierung wird vorgeworfen, afghanische Bürger, die mit westlichen Truppen zusammengearbeitet haben, den Taliban ausgeliefert zu haben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612777e4b480cc644a196ae1.jpg>

Mzdnr.ru: Am 26. August wurden in der DVR 906 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 314 positiv, bei 38 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 27. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 55.506 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6518 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 44.947 als gesund entlassen, es gibt 4041 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 179 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 42 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 121 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2418 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 891 mit Sauerstoffunterstützung (+71 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2247 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: **Luftbrücke zwischen Kabul und Taschkent – Zahlen und Fakten**

Die Luftbrücke, über die die Bundeswehr schutzbedürftige Menschen aus Kabul nach Taschkent evakuierte, ist nach den Anschlägen vom Donnerstag zunächst beendet. SNA hat Verteidigungsministerium, Bundeswehr und Auswärtiges Amt nach konkreten Zahlen und Fakten der Operation gefragt.

Mit Sorge blickt die Welt auf Afghanistan, wo seit Beginn des Abzugs der Nato-Truppen die Taliban* die Herrschaft an sich reißen und die Zivilbevölkerung, insbesondere die afghanischen Ortskräfte, um ihr Leben bangen muss. In dieser Woche war eine Evakuierungsoperation angelaufen, im Zuge derer schutzbedürftige von Kabul in die usbekische Hauptstadt Taschkent geflogen wurden. Doch wie genau lief das ab?

Auffällig ist, dass nirgends in der Berichterstattung konkrete Zahlen und Fakten genannt werden. Antworten auf solche Fragen, wie: Wie viele Menschen wurden ausgeflogen? Wer sind diese Menschen? Warum wurden sie gerade nach Taschkent gebracht? Bleiben sie vorerst dort oder werden sie weiterverteilt?

Um Licht ins Dunkel zu bringen, haben wir uns am Donnerstag zunächst an das Bundesministerium für Verteidigung gewandt. Ein Sprecher des Ministeriums antwortete schriftlich, die Sicherheitslage am Flughafen in Kabul habe sich verschärft und die Anschlaggefahr werde zunehmend konkreter. Wie sich nur wenige Stunden später herausstellte, sollte er mit dieser Einschätzung leider Recht behalten. Weiter hieß es, die Bundeswehr stimme ihre Planungen und Abläufe mit Partnern vor Ort ab, wobei langsam die Zeit knapp werde, weil sie als Grundlage internationaler Vereinbarungen den 31. August als Stichtag nehme – den Tag also, bis zu dem die US-Amerikaner ihren Abzug vollendet haben wollen.

„Ich bitte um Verständnis, dass wir uns zum Schutz der Operation zu einem möglichen konkreten Zeitpunkt der Beendigung der Evakuierungsoperation nicht äußern können“, schrieb der Sprecher des Verteidigungsministeriums abschließend und empfahl uns, unsere Fragen an das zuständige Presse- und Informationszentrum des Einsatzkommandos der Bundeswehr sowie an das Auswärtige Amt zu richten.

Die Antwort der Bundeswehr fiel noch knapper aus. Man bitte um Verständnis, dass zum Schutz aller Beteiligten und insbesondere der Soldatinnen und Soldaten aus Gründen der operationellen Sicherheit keine Details und keine taktischen Informationen zu der laufenden Operation mitgeteilt werden könnten.

Mehr Informationen bot da das Auswärtige Amt, das sich telefonisch bei uns meldete. Bisher seien rund 5300 Personen von Kabul nach Taschkent ausgeflogen worden. Darunter seien afghanische Ortskräfte und ihre Familien, deutsche Auslandsmitarbeiter sowie Mitarbeiter aus EU- und Drittstaaten, teilte uns eine Sprecherin mit. In der usbekischen Hauptstadt blieben sie in der Regel nur wenige Stunden bevor sie weiter nach Frankfurt am Main geflogen werden würden. In Deutschland angekommen, würden die Afghanen den zuständigen Behörden wie dem BAMF übergeben. Warum die Evakuierten gerade nach Taschkent ausgeflogen würden, wollten wir wissen. Gibt es in der usbekischen Hauptstadt eine Basis, die die Bundeswehr nutzt? Wurde Taschkent wegen der geografischen Nähe ausgesucht? Die Sprecherin räumte ein, es sei eine schnelle Notlösung gewesen. Es existiere dort keine Basis der Bundeswehr, man habe sich aber mit der usbekischen Seite einigen können.

Seit Donnerstag befindet sich auch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) in Taschkent. "Die Evakuierungsoperation in Kabul war hochgefährlich", twitterte das Verteidigungsministerium. "Die Bundeswehr hat unter schwersten Bedingungen vor Ort so viele Menschen wie möglich in Sicherheit gebracht." Nach dem Doppelanschlag auf den Flughafen von Kabul am Donnerstagabend sind die Evakuierungsbemühungen ausgesetzt worden. Den in Afghanistan verbliebenen Schutzbedürftigen sicherte die deutsche Verteidigungsministerin jedoch Unterstützung zu und bekräftigte, dass die Aufnahmezusagen gültig blieben. "Die militärische Evakuierung ist nun beendet. Aber unsere Arbeit geht weiter - und zwar solange, bis alle in Sicherheit sind, für die wir in Afghanistan Verantwortung tragen", sagte dazu Außenminister Heiko Maas (SPD).



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/02/2702183_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_4ef4a9c34cf84ee51193a77a4eef69ab.jpg

nachmittags:

snanews.de: Nach Explosionen auf Militärgelände in Kasachstan: Mindestens neun Tote und Dutzende Verletzte

Infolge von Explosionen und dadurch verursachtem Feuer auf einem Militärgelände in Kasachstan sind neun Menschen ums Leben gekommen, teilte der Pressedienst des Katastrophenschutzministeriums der Republik Kasachstan am Donnerstag mit.

Laut letzten Angaben sind insgesamt neun Menschen ums Leben gekommen, darunter Mitarbeiter des Katastrophenschutzdienstes, der Militäreinheit, der militärischen Bewachungseinheit und der Militärstaatsanwaltschaft. Die Identität der Getöteten wird festgestellt. Angaben über vier Vermisste werden geklärt.

Zuvor sprach der Pressedienst des Verteidigungsministeriums der Republik Kasachstan von fünf Todesopfern.

Rund 90 Menschen wurden bei den Detonationen verletzt, unter ihnen Militärangehörige und Mitarbeiter des Rettungsdienstes. Mehrere Menschen gelten als vermisst.

Dem Katastrophenschutzministerium zufolge waren in einem Militärlagerhaus auf dem Gelände nach vorläufigen Angaben über 500 Tonnen Trotyl gelagert worden. Der Sprengstoff Trotyl ist auch unter einigen anderen Namen bekannt, der bekannteste dürfte Trinitrotoluol sein, der als TNT weltweit gebräuchlich ist und als eine Art Vergleichsmaßstab für die Detonationsstärke von Explosionen gilt.

Die Ursache des Vorfalls werde noch untersucht, sagte der Verteidigungsminister der Republik Kasachstan, Nurlan Jermekbajew, der gleichzeitig seinen Rücktritt anbot.

Ein Strafverfahren wurde eingeleitet, wegen Verstoßes gegen die Regeln zum Umgang mit Waffen sowie Stoffen und Gegenständen, die eine Gefahr für andere darstellen.

Das Verteidigungsministerium äußerte sein tiefstes Beileid gegenüber den Hinterbliebenen. Es würden alle Maßnahmen getroffen, um die Familien der getöteten Soldaten zu unterstützen, so das Ministerium.

Das Militärgelände in Taraz, im Süden Kasachstans, war am Donnerstag von mindestens zehn Explosionen erschüttert worden. Die umliegenden Dörfer wurden evakuiert, mehr als 700 Menschen wurden in Sicherheit gebracht.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/1b/3382649_0:113:1200:788_1920x0_80_0_0_63bb33c6a80fac1838e53008268ae9f9.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 21. bis 27. August 2021

In den letzten 24 Stunden wurden **vier Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 28. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus **Staromichajlowka** mit Schützenpanzerwaffen beschossen und 30 Schüsse abgegeben. Infolge des Beschusses wurden zwei örtliche Einwohner, geb. 1964 und 1994, verletzt. Außerdem haben Strafruppen der 25. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowoselowka Wtoraja aus **Wassiljewka** beschossen und zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 2. mechanisierten Bataillons der 93. Brigade von den Positionen in Granitnoje aus **Grigorowka** beschossen und vier Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

Strafruppen der 128. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen in Lebedinksoje aus **Leninskoje** beschossen und sechs Granaten mit einem Unterlaufgranatwerfer abgefeuert.

In der letzten Woche wurden insgesamt 15 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von Mörsern des Kalibers 120mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich **11 Ortschaften:** Donezk (das Gelände des Flughafens), Besymennoje, Wesjoloje, Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Leninskoje, Dolomitnoje, Luganskoje, Alexandrowka, Grigorowka, Wassiljewka und Staromichajlowka.

Infolge von Beschuss durch Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk wurden Schäden an zwei Häusern festgestellt:

Rationalisatoren-Straße 32/2 – Dach beschädigt;

Rationalisatoren-Straße 34 – zwei Fenster beschädigt.

Außerdem haben ukrainische Kämpfer am 25. August im Vorfeld des Treffens der Mitglieder der dreiseitigen Kontaktgruppe einen weiteren Schlag auf Wassiljewka verübt, indem sie eine selbstgebaute Sprengeinrichtung von einer Drohne abwarfen.

Infolge der Detonation der Sprengeinrichtung wurden Schäden an Dach, Wänden und Fensterverglasung des Wohnhauses in der Lesnaja-Straße 4 festgestellt.

Am 26. August wurden beim Beschuss mit Schützenpanzerwaffen durch ukrainische Kämpfer auf Staromichajlowka durch Treffer von Geschossen auf das Wohnhaus in der Kozjubinskij-Straße 42 zwei Zivilisten, geb. 1964 und 1994, verletzt.

Zudem wurden infolge des Beschusses eine Garage und ein privates Wohnhaus in der Sewernaja-Straße 73 beschädigt.

Außerdem haben unsere Beobachter die **Durchführung technischer Arbeiten** auf den Positionen der 58. Panzergrenadierbrigade im Gebiet des Donezker Flughafens festgestellt. Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Im Zusammenhang mit den erfolglosen Versuchen, den Koordinationsmechanismus zu nutzen, damit das Feuer von Seiten der BFU eingestellt wird, waren die Einheiten der Volksmiliz zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik gezwungen, entsprechend der Punkte „e“ und „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung das **Feuer zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners** zu erwidern.

Infolge eines erwidern Schlags wurde ein Schützenpanzer des Gegners außer Funktion gesetzt, zwei Kämpfer wurden verletzt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die ukrainischen bewaffneten Formationen 31 Stück **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert, was von OSZE-Beobachtern bestätigt wird.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Nelepowka.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Krasnogorowka;

ein Schützenpanzerwagen und ein Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Marjinka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer und drei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Nowognatowka;

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowotroizkoje;

vier Schützenpanzerwagen und drei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in der Nähe von Wohnhäusern von Bogdanowka;

ein Abwehrkomplex „Tunguska“ in der Nähe von Wohnhäusern in Starognatowka;

zwei Abwehrgeschütze „Osa“ in einem Wohngebiet in Kasjanowka;

vier Schützenpanzerwagen und ein Antimörserradar AN/TPQ-48 in einem Wohngebiet in Nowogrigorowka.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Abwehrgeschütz „Strela-10“ in einem Wohngebiet von Berdytschi.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

ein Abwehrgeschütz „Schilka“ in der Nähe von Wohnhäusern in Orlowskoje;

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Gnutowo.

Aus dem Bestand der 58. mechanisierten Brigade:

zwei Haubitzen „Msta-C“ in einem Wohngebiet von Selidowo.

Die ukrainischen Kämpfer behindern weiter das Monitoring mit Drohnen der OSZE-Mission auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 30., 128., 93., 25. und 58. Brigade zu

verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden 12 Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Rosowka, Bogdanowka, Wolnowacha, Mariupol, Mironowskij, Nowogrigorowka, Granitnoje, Pischtschewik, Netajlowo, Lebedinskoje, Awdejewka und Tschermalyk.

Außerdem haben Kämpfer Bryshinskijs während eines Beobachtungsflugs über den Positionen der 93. Brigade in der Nähe von Nowogrigorowka das Feuer mit Schusswaffen auf eine Drohne der OSZE-Mission eröffnet. Die Beobachter der Mission mussten aufgrund der Gefahr des Verlustes der teuren Ausrüstung das Beobachtungsgebiet verlassen, wo sich nach unseren Informationen am Rand der Ortschaft fünf Stück verbotene Waffen befinden.

Außerdem verfolgen die Einheiten der ukrainischen Verbrecher, um die Entdeckung von Technik der ukrainischen Streitkräfte, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert ist, zu verhindern, weiter die Routen der Vertreter der OSZE-Mission. So stellte am 25. August eine Patrouille der Mission einen Flug einer Drohne der BFU über ihren Positionen im Gebiet von Bogdanowka fest, mit deren Hilfe Kämpfer der 93. Brigade der BFU die Aktivitäten der OSZE-Vertreter beobachteten.

Trotz der vom Kommando der OOS unternommenen Maßnahmen zur Verhinderung nicht kampfbedingter Verluste an Personal auf nicht markierten Minenfeldern **verminen ukrainische Kämpfer weiter ungeordnet Örtlichkeiten**, was nicht nur für die ukrainischen Streitkräfte sondern auch für örtliche Einwohner eine Gefahr darstellt.

So wurden Fälle von Verminung von Örtlichkeiten im Verantwortungsbereich der 128. Gebirgsturmbriade quer über die Straße aus Wodjanoje entdeckt. Dabei kennzeichnen die ukrainischen Kämpfer nach wie vor bei der Installation neuer Minensperren diese nicht mit Minengefahrzeichen und erstellen keine Karten der Minenfelder.

Wir rufen die Einwohner auf, vorsichtig zu sein, wachsam zu bleiben und für den Verkehr nur allgemeine Straßen zu nutzen, so bewahren Sie Ihr Leben.

In den ukrainischen Streitkräfte wächst die Zahl nicht kampfbedingter Verluste.

Ursachen dafür sind der schlechte moralisch-psychische Zustand der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, der systematische Alkohol- und Drogenkonsum sowie die Gleichgültigkeit der Kommandeure gegenüber ihren Untergebenen. So wurde in der letzten Woche ein Fall von nicht kampfbedingtem Verlust in der OOS mit tödlichem Ausgang festgestellt.

Am 22. August erschoss auf den Positionen des 3. Bataillons der 28. Brigade im Gebiet von Marjinka der Soldat Simonenko den stellvertretenden Zugführer. Infolge seiner Verletzungen starb Leutnant Ju. Michalow, Absolvent der Sagajdatschnyj-Akademie der Bodentruppen an Ort und Stelle.

In der letzten Woche hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte die **Heranziehung ukrainischer Medien in der OOS-Zone für Aufnahmen propagandistischer inszenierter Videoreportagen** verstärkt, um die Volksmiliz der DVR der Verschärfung der Situation zu beschuldigen.

Nach Angaben unserer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ arbeiteten vom 20. bis 24. August in den Verantwortungsbereichen der 25. und 28. Brigade Gruppen von Journalisten der Medien „Ukraina“, „2+2“ und „5. Kanal“, um inszenierte Materialien über Beschüsse von Seiten der Republik sowie Motivationsreportagen, die auf die Hebung des Prestiges des Militärdienstes in der ukrainischen Armee gerichtet sind, zu erstellen.

Im Rahmen der Erzeugung eines positiven Bilds des ukrainischen Verteidigers in den Augen der Öffentlichkeit hat der Kommandeur der Besatzungskräfte den Auftrag erteilt, einen Komplex demonstrativer Maßnahmen der Hilfeleistung für die Bevölkerung der frontnahen

Gebiete zu realisieren. Im Zusammenhang damit wurde in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ die Arbeit von Gruppen der Abteilung für zivil-militärische Zusammenarbeit des vereinigten Kommandopunkts der OOS zur Einschätzung der Lage festgestellt, um humanitäre Hilfe für die Bevölkerung auf dem von der Ukraine besetzten Territorium vorzubereiten und zu leisten. Derzeit arbeiten die Gruppen in Awdejewka, Marjinka und Tschermalyk, deren Einwohner sich nach der Einschätzung des Kommandos der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ am meisten negativ zu den ukrainischen Kämpfern verhalten.

Es ist wichtig anzumerken, dass zu den Gruppen Offiziere des Sicherheitsdienstes der Ukraine gehören, deren Aufgabe es ist, die Lage zu verfolgen und Personen zu entdecken, die negativ gegenüber den ukrainischen Streitkräften und der Regierung des Landes eingestellt sind.

Wir bemerken weiter ein äußerst geringes moralisch-psychisches Niveau der Soldaten in den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte, die Aufgaben in der sogenannten OOS ausführen.

So provozierten nach Informationen unserer Quelle zwei Soldaten der 128. Brigade, Kolomiez und Santschenko, die Alkohol auf einem Kinderspielplatz an einem der Wohnhäuser im Lewbereshnyj-Bezirk von Mariupol tranken, einen Streit mit Einwohnern des Hauses. In Erwiderung auf eine Anmerkung von diesen beschlossen die Kämpfer der BFU, mit Gewalt ihre Überlegenheit zu beweisen. Infolge eines Nahkampfes kamen zwei Einwohner von Mariupol mit Gehirnerschütterung in ein Krankenhaus.

Verwandte der Verletzten wandten sich mit einer Beschwerde über die Untätigkeit der Polizei, die sich weigerte, die Kriminellen festzunehmen, an die Staatsanwaltschaft.

Die Soldaten der Volksmiliz der DVR erhöhen weiter das Niveau ihrer Ausbildung im Rahmen von regulären Übungen.

Auf Übungsplätzen der Republik fanden Wettkämpfe von Schützenpanzermannschaften der Volksmiliz der DVR statt, deren Sieger in der dritten Etappe der Wettbewerbe zwischen der Donezker und der Lugansker Volksrepublik teilnehmen werden.

Die Soldaten wetteiferten in der Führung von Schützenpanzern auf speziell vorbereiteten Trassen und beim Treffen von Zielen mit regulären Waffen.

Die Teilnehmer zeigten ein hohes Niveau der professionellen Ausbildung und bewiesen, dass sie bereit sind, die Grenzen der Republik zu verteidigen.

Außerdem wurden unter Leitung des Zivilschutzministeriums Handlungen zur Beseitigung unerwartet aufgekommener Gefahren und zur Leistung von Hilfe an Bürger, die unter Naturkatastrophen und Beschüssen des Gegners leiden, erarbeitet, wobei provisorische Unterbringungspunkte und Feldhospitäler errichtet wurden.

de.rt.com: **Ukraine: Präsident Selenskij lässt weitere regierungskritische Medien verbieten**

Der Kahlschlag unter regierungskritischen Medien in der Ukraine geht weiter. Vergangene Woche sperrte der ukrainische Sicherheits- und Verteidigungsrat mehrere Nachrichtenseiten wegen angeblich "pro-russischer Positionen". Die OSZE zeigt sich besorgt.

Am 20. August hat der ukrainische Sicherheits- und Verteidigungsrat (SNBO) Sanktionen gegen 24 natürliche und juristische Personen verhängt, darunter ein Rada-Abgeordneter und mehrere Nachrichtenseiten und Verlage. Der SNBO untersteht unmittelbar dem Präsidenten und ist damit das zweitwichtigste Regierungsorgan im Staat. Dem Rat gehören unter anderem die Verteidigungs- und Außenminister sowie Vertreter der Sicherheits- und Nachrichtendienste an.

Von den Sanktionen betroffen sind: Igor Guschwa, Chefredakteur der regierungskritischen Nachrichtenseite strana.ua und dessen wichtigsten Mitarbeiter sowie der mit dem Portal in Verbindung stehende Verlag; Anatolij Scharij, Journalist und Politblogger mit zweieinhalb Millionen Abonnenten auf YouTube sowie dessen Frau Olga, Chefredakteurin des

Nachrichtenportals sharij.net, und deren Mutter.

Sanktioniert wurden auch die Redaktionen der russischen Zeitungen Moskowski Komsomolez und Wedomosti sowie zwölf russische Unternehmen und zwei Organisationen, die mit dem Interimspräsidenten der selbsternannten Volksrepublik Donezk Denis Puschilin in Verbindung stehen. Der Zugang zu den entsprechenden Nachrichtenseiten ist gesperrt.

Der SNBO-Beschluss kam durch eine Initiative des ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU zustande. Dieser wirft den sanktionierten Medien "pro-russische Propaganda" und "Verbreitung russischer Narrative in den vorübergehend besetzten Gebieten" vor. "Die heutige Entscheidung ist eine logische Fortsetzung der Maßnahmen, die wir bereits zum Schutz des ukrainischen Informationsraums ergriffen haben", sagte SBU-Chef Iwan Bakanow.

Damit deutete er auf das Verbot von drei Fernsehkanälen im Februar hin. Diese standen mit dem Oppositionspolitiker Wiktor Medwedtschuk in Verbindung. Ukrainische Behörden werfen ihm eine Agententätigkeit für Russland vor; seit Monaten befindet er sich in Hausarrest. Bakanow versicherte, dass der SBU klar zwischen Redefreiheit und einem "Angriff auf die Staatlichkeit und Souveränität der Ukraine" unterscheide.

Mit 24 Millionen Seitenaufrufen monatlich gehört strana.ua zu den populärsten Medienportalen in dem Land. Anatoli Scharij, der wie Igor Guschwa im europäischen Exil lebt, betreibt seit Jahren meinungsstarke Medien- und Regierungskritik und gilt als der einflussreichste Blogger in der Ukraine. Außerdem ist er Chef einer Partei, die es bei den letzten Kommunalwahlen in den russischsprachigen Regionen in viele Stadträte geschafft hat. Scharij zufolge will der ukrainische Präsident auch die Sperrung seiner Konten bei Youtube, Facebook und Instagram erwirken.

Strana.ua ist auf die Domäne strana.news umgezogen. Außerdem ist es möglich, die Sperrung durch VPN-Dienste zu umgehen. Am 25. August hat das Portal bezüglich der Vorgänge einen Aufruf an internationale Organisationen und die Journalistengemeinschaft veröffentlicht. Aus dem Text, der auch in englischer Sprache zur Verfügung steht, geht hervor:

"Dies stellt einen direkten Verstoß gegen die ukrainische Verfassung und das Sanktionsgesetz dar, das die Verhängung von Sanktionen gegen ukrainische Staatsangehörige ohne Gerichtsbeschluss nicht vorsieht. Außerdem kann nach dem Gesetz ein Medienunternehmen nicht Gegenstand von Sanktionen sein."

Strana.ua weist darauf hin, dass bereits vor dem Erlass des Präsidenten Internetanbieter angewiesen worden waren, den Zugang zur Website strana.ua zu sperren. Dies sei ein nie dagewesener Angriff der Regierung auf den Journalismus, hieß es.

Bislang hat nur die OSZE klare Stellung zu den Sanktionen bezogen. In einer am 25. August veröffentlichten Erklärung äußerte die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit Teresa Ribeiro "ihre Besorgnis über die Praxis der Ukraine, Sanktionen zu verhängen, die sich negativ auf die Arbeit von Medien und Journalisten auswirken".

Ribeiro erklärte:

"Die Ukraine hat zwar das legitime Recht, ihre nationale Sicherheit zu schützen, aber die Behörden sollten eine ausgewogene und verhältnismäßige Lösung für die Belange der Medien finden. Eine Lösung, die den Medienpluralismus, den freien Informationsfluss und die Meinungsvielfalt im Einklang mit den einschlägigen internationalen Standards und den OSZE-Verpflichtungen bewahrt."

Eine ähnliche Erklärung ist auch vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) zu erwarten. Sein Büro hat bereits zuvor Besorgnis über die Schließung der Fernsehsender 112 Ukraine, NewsOne und ZIK geäußert. Derzeit prüfe man, ob die neuen Sanktionen der Behörden gegen den Blogger Anatolij Sharij und das Online-Medium Strana.ua mit internationalen Menschenrechtsstandards vereinbar seien, sagte Marta Hurtado, eine Sprecherin des OHCHR, am Dienstag der russischen Nachrichtenagentur TASS.

Auch der Präsident des Nationalen Journalistenverbandes der Ukraine hat das Vorgehen der

Behörden kritisiert:

"Die außergerichtliche Blockade der oppositionellen Medien kommt einer Verwirkung der rechtlichen Garantien der Presseunabhängigkeit gleich."

Oppositionspolitiker Medwedtschuk warf dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij vor, in eine Diktatur abzugleiten. Er hob hervor, dass "viele Staatsoberhäupter in Europa dazu schweigen, während die Meinungsfreiheit eine der weltweit garantierten Grundfreiheiten ist, die im Zentrum der Aufmerksamkeit der Welt steht".

Ein großes internationales Echo blieb in der Tat aus. In den deutschsprachigen Medien gab es hierzu nur wenige Publikationen. Die Deutsche Welle verwies zwar auf die Rechtswidrigkeit von Sanktionen gegen Medien, merkte aber an, dass viele Ukrainer das Vorgehen gegen ruslandfreundliche Parteien und deren Medien unterstützen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6127eee048fbef13f426578c.jpg>

**mil-lnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberleutnant I.M. Filiponenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 20. bis 27. August
2021**

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK **drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade auf Befehl Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 zweimal **Solotoje-5** Schusswaffen beschossen. Infolge des Beschusses wurde die Fensterverglasung der Mittelschule Nr. 4 in der Wojkow-Straße 3 beschädigt.

Außerdem wurde von den Positionen der 57. Brigade im Gebiet von Pritschepilowka aus **Donezkij** mit Schusswaffen beschossen, in der Folge wurde die Fensterverglasung des Ambulatoriums in der Schewtschenko-Straße 22 beschädigt. ...

Insgesamt hat haben die BFU **in der letzten Woche achtmal das Regime der Feueinstellung verletzt**, wobei **sechs Ortschaften** der Republik in Richtung Popasnaja und Slawjanoserbsk beschossen wurden. ...

Die **nicht kampfbedingten Verluste unter den Soldaten der BFU** betragen in der letzten Woche drei Mann, darunter ein Toter. ...

In den Einheiten der Volksmiliz gehen die Übungen zur militärischen Ausbildung, die auf eine Steigerung der professionellen Kenntnisse des Personals und die Geschlossenheit der Aktionen der Einheiten gerichtet sind, weiter. In der letzten Wochen fanden Wettbewerbe um den besten Spezialisten der Truppengattungen und Dienste statt, im Ergebnis werden die besten Spezialisten die Volksmiliz der LVR bei den zwischenrepublikanischen Wettbewerben

mit den Kollegen der Donezker Volksrepublik vertreten.

Außerdem haben vom 23. bis 27. August auf Befehl des Oberhaupts der LVR Übungen mit Reservisten stattgefunden, an denen 3500 Personen mit 252 Stück Technik teilnahmen. Mit den Reservisten wurde ein breiter Komplex an Übungsmaßnahmen durchgeführt, im Bereich der Zivilverteidigung, bei der Beseitigung von Notfallsituationen, Evakuierung von Bürgern sowie der Errichtung provisorischer Unterkünfte und Feldkrankenhäusern.

snanews.de: **Ehrgeizige Ziele des neuen Fünfjahresplans: China will 55 Millionen neue Jobs bis 2025 schaffen**

China strebt in den nächsten fünf Jahren an, mit allen denkbaren Mitteln die Beschäftigung seiner Bürger zu fördern und massiv gegen Arbeitslosigkeit vorzugehen. Darüber informierte die chinesische Regierung am Freitag.

„Bis 2025 soll die Beschäftigungslage insgesamt stabil sein, wobei die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze in den Städten mehr als 55 Millionen betragen und die erfasste Arbeitslosenquote in den Städten unter 5,5 Prozent gehalten werden soll“, heißt es in der offiziellen Pressemitteilung des Staatsrats der Volksrepublik China. Dabei setzt China stark auf lokale und internationale Unternehmer, für die ein besseres Investitionsklima geschaffen werden soll. Auch die Haushalts- und Geldpolitik will die Regierung stärker auf die Beschäftigung im Land ausrichten.

Dem Schreiben zufolge soll die Industrie mehr Arbeitssuchende mit höherer Rentabilität und mehr Einkommen anziehen. Ein besserer Marktzugang, digitale Transformation und die Online- und Offline-Entwicklung der Dienstleistungsbranche soll laut der Regierung zur weiteren Steigerung der Beschäftigungsraten beitragen. Zwecks höherer Flexibilität der Wirtschaft unterstützt China zudem die Entwicklung neuer Beschäftigungsformen. Auch die Regionen sollen laut dem Dokument aktiv bei der Förderung neuer Arbeitsplätze mitwirken. „Die Beschäftigung von Jugendlichen in den Städten, von pensionierten Militärangehörigen, von Menschen, die aus der Armut herausgeholt wurden, und von anderen wichtigen Gruppen wird mit mehr Präferenzmaßnahmen unterstützt“, heißt es in der Pressemitteilung. Auch die Innovation von Geschäfts-, Handels- und Verbrauchsmustern soll gefördert werden, ebenso wie die Erhöhung der Beschäftigung in der Landwirtschaft.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3270542_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_44be268be071daca68dce64c1b127d50.jpg

Wpered.su: **Die DVR und die LVR müssen anerkannt werden – KPRF**

In der letzten Woche fand bei der Nachrichtenagentur TASS eine Pressekonferenz zum Wahlprogramm der KPRF und zu den Vorschlägen der Partei zur Wiedergeburt des Landes statt. Auf die Frage nach der Position der KPRF zum Donbass erklärte der Vorsitzende des ZK

der KPRF, der Vorsitzende der Fraktion der KPRF in der Staatsduma G. A. Sjuganow:
„Der Donbass ist als erster gegen die Faschisten und Nazis, die die Macht in Kiew ergriffen haben, aufgestanden. Er hat uns allen Deckung gegen diese nationalistischen, schmutzigen Krieg gegeben, den sie allen aufzwingen wollten. Die Krim hat als erste eintrüchtlig abgestimmt, weil es in der Krim eine große Armee gab, unsere und die ukrainische. Aber dort schoss keine Maschinenpistole, kein Geschütz, weil die Offiziere sich verantwortungsvoll verhielten und unsere zentrale Regierung Willen und Charakter zeigte. Ich meine, dass es doppelt wichtig wäre, ein weiteres Mal Willen zu zeigen und die Donezker und die Lugansker Volksrepublik anzuerkennen. Warum? Weil die Banderabande niemals an der Schaffung des Donbass beteiligt war. Der Donbass – das sind fast 500 Unternehmen, die das ganze Sowjetland erbaut hat. Das Dnjepr-Wasserkraftwerk, die Kriwoj-Rog-Gruben und das Donezker Bergwerk Kotschgarka haben die große Macht unseres Landes geschaffen. Dort arbeitete das ganze Land, die besten Ingenieure, darunter Meister vom Ural, hervorragende Wissenschaftler aus Moskau. Bei uns arbeitete das halbe Dorf im Donbass, bauten diese Unternehmen wieder auf und erbauten sie. Der bekannte Stachanow, der der herausragendste Bergmann war, war ein junger Mann aus Orjol, der dorthin zum arbeiten ging, genauso wie Serjoshka Tjulenin. Deshalb sehe ich die Tragödie, die sich dort abspielte, als unsere persönliche gemeinsame. Deshalb rief ich dazu auf, maximal zu helfen und zu verteidigen. Auf der anderen Seite haben wir gemeinsam mit Kobson die Bewegung „Kinder Russlands für die Kinder des Donbass“ geschaffen. Mehr als 7000 Kinder waren hier zur Erholung. Und wir setzen dieses Programm fort. Gemeinsam mit Kaschin haben wir 91 Konvois, mehr als 11.000 Tonnen Güter, dorthin geschickt, Lehrbücher, Kleidung, Material, Lebensmittel und wir helfen den Jungs dort. Wir alle sind daran interessiert, den Angriff des Nazismus und der Banderabande zu stoppen, die bereit ist, sich auf unser Land zu stürzen. Deshalb seien Sie überzeugt, wir werden maximal helfen und alle unterstützen, die dort ehrlich und würdig leben und arbeiten. Dank und eine tiefe Verbeugung allen, die gemeinsam mit Sachartschenko kämpften. Alexandr Sachartschenko war mir ein großer Freund. Ich bedauere sehr, dass wir ihn verloren haben. Er war ein wahrer Kämpfer für die Wahrheit und die Gerechtigkeit...“
In Fortsetzung des Themas der Beziehungen Russlands zur Donezker und Lugansker Volksrepublik sagte der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF D.G. Nowikow:
„Die Donezker und die Lugansker Volksrepublik müssen anerkannt werden, Russland muss mit ihnen Beziehungen zwischen gleichberechtigten Staaten aufbauen, wie es das gegenüber Südossetien und Abchasien getan hat. Und das wird eine Garantien für den Schutz der Bevölkerung dieser Territorien sein.
Die UNO lässt sich von folgendem Prinzip leiten: wenn irgendwo, in irgendeinem Teil der Welt ein Genozid gegen die Bevölkerung stattfindet, hat jeder Staat, jedes Land, die internationale Gemeinschaft im Ganzen das Recht, sich einzumischen und Ordnung herzustellen. In diesem Fall ist die Rede von Territorien, auf denen nicht einfach unsere Verwandten und Geistesverwandten leben, sondern Menschen, die tatsächlich den Pass eines Bürger der Russischen Föderation nicht aufgrund eines Zwanges sondern freiwillig erhalten haben. Deshalb muss davon ausgehend unsere gesamte Politik aufgebaut werden.
... Wir werden mit politischen Mitteln auf einer Anerkennung der Donezker und Lugansker Volksrepublik bestehen, die Bevölkerung dieser Gebiete verteidigen, wir werden auch ein Programm zur Unterstützung der Bevölkerung mit Hilfe humanitärer Lieferung, mit Hilfe der Umsetzung des Programms „Kinder Russlands für die Kinder des Donbass“ umsetzen. Dieses Programm wird mit Unterstützung unserer Partei umgesetzt, Gennadij Andrejewitsch ist persönlich der Schirmherr. Leider ist bereits eine Reihe der Menschen, die sich gemeinsam mit uns damit befasst haben, aus dem Leben geschieden. Das sind Stanislaw Goworuchin, Josif Kobson. Aber das Programm lebt weiter und arbeitet, es wird auch weiter aktiv sein“.

Taliban-Sprecher

Der Sprecher der radikal-islamistischen Bewegung Taliban, Zabiullah Mujahid, hat am Freitag mehrere Festnahmen im Zusammenhang mit den Explosionen am internationalen Flughafen Kabul vom Vortag bestätigt.

„Ja, mehrere Personen wurden festgenommen“, sagte Mujahid und fügte hinzu, dass die genauen Details noch nicht bekannt gegeben würden.

Bei den Explosionen in der afghanischen Hauptstadt Kabul am Donnerstag sind Medienberichten zufolge über 170 Todesopfer zu beklagen. Einer der Angriffe ereignete sich in der Nähe des Hotels Baron, wo sich Ausländer, darunter britische Staatsbürger und US-Bürger, versammelt haben sollen. Zu den Terroranschlägen bekannte sich die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS; auch Daesh).

Später ereigneten sich in Kabul mehrere weitere Explosionen. In Bezug darauf sprach das US-Militär von eigenen kontrollierten Sprengungen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/11/3255042_0:127:2417:1487_1920x0_80_0_0_6f131eb5617e9e5d0601b5cd3dafd8bd.jpg